



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 11014 Berlin

Frau
Evrin Sommer, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 25. Mai 2018

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Mai 2018**
HIER **Arbeitsnummer 5/215**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene Schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Klaus Vitt

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Frage der Abgeordneten Helin Evrim Sommer

vom 17. Mai 2018

(Monat Mai 2018, Arbeits-Nr. 5/215)

Frage:

Welche Verpflichtungen ist der Bund mit dem städtebaulichen Vertrag, der am 31.08.1998 zwischen dem damaligen Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und dem Land Berlin über die Entwicklung des ehemaligen Flugplatzes Gatow geschlossen wurde, eingegangen und welche dieser Verpflichtungen sind noch nicht eingelöst?

Antwort:

Der Bund (vertreten durch das damalige Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau) und das Land Berlin (vertreten durch die damalige Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr) haben in dem städtebaulichen Vertrag vom 31. August 1998 Maßnahmen zur Entwicklung des ehemaligen Flugplatzes Gatow zu einem Wohngebiet für die nach Berlin umziehenden Parlamentarier und Bundesbediensteten vereinbart. Es handelte sich um den Hauptstandort für die Eigentumsmaßnahmen des Bundes in Berlin in Zusammenhang mit dem Bonn-Berlin Umzug.

Der Bund hat sich in dem städtebaulichen Vertrag vom 31. August 1998 zu Maßnahmen der Technischen Infrastruktur (Erschließung) sowie nach § 9 Abs. 2 zum Bau von drei Kinderbetreuungseinrichtungen, einer Grundschule sowie eines Gymnasiums verpflichtet. Die Hans-Carossa-Oberschule (Gymnasium) mit 735 Plätzen und eine Grundschule mit 516 Plätzen (jeweils mit Sporteinrichtungen) sowie die Kindertagesstätte I mit 95 Plätzen wurden bereits im Jahre 2000 fertig gestellt und an das Land Berlin übergeben.

Die Kindertagesstätte II in der Charles-Lindbergh/Johann-Landefeldt-Straße wurde auf Wunsch des Bezirksamts Spandau als Hort errichtet (für 120 Hortkinder) und im Jahre 2012 an das Land Berlin übergeben. Derzeit wird die dritte und damit letzte Kinderbetreuungseinrichtung in der Rex-Waite-Straße mit 95 Plätzen realisiert und steht kurz vor der Fertigstellung und Übergabe an das Land Berlin.

Neben den Maßnahmen der Technischen Infrastruktur (Erschließung) und der Sozialen Infrastruktur (Schulen, Kindertagesstätten) hat sich der Bund mit dem städtebaulichen Vertrag zur Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen verpflichtet.

Der überwiegende Teil dieser Maßnahmen, z.B. Entsiegelung von Flächen, Pflanzung von Bäumen, Herstellung von Wegeanbindungen, wurde durchgeführt. Für die verbleibenden Maßnahmen wurde die Herstellung eines Landschaftsparks vereinbart, dessen Realisierung noch aussteht (Sachstand siehe Antwort der Bundesregierung vom 2. Januar 2018, Drucksache 19/384). Alle Flächen, die öffentlichen Zwecken dienen, wurden oder werden an das Land Berlin übertragen.

Darüber hinaus wird der Bund sich an den Pflegemaßnahmen für den Landschaftspark finanziell beteiligen.